

WACHSTUM 1999 GEBREMST, KAUFKRAFTSCHUB DURCH STEUERREFORM 2000

PROGNOSE FÜR 1999 UND 2000

Das Wirtschaftswachstum wird sich in Österreich 1999 aufgrund der geringen Dynamik der Weltwirtschaft gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozentpunkt auf 2,2% abschwächen. Der private Konsum, der vom Anstieg der Kaufkraft profitiert, wird die Konjunktur 1999 und insbesondere im Jahr 2000 stützen.

1999 ist mit einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums um etwa 1 Prozentpunkt auf 2,2% zu rechnen. Die Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika dämpfen die Weltkonjunktur und spiegeln sich in einer ungewöhnlich hohen Unsicherheit in den Prognoseannahmen.

Der Export, der den Aufschwung lange getragen hat, wird aufgrund der außenwirtschaftlichen Bedingungen nur noch mäßig zunehmen. Vor allem die Ausfuhr in die von den Finanzkrisen erfaßten „Emerging Markets“ wird davon betroffen sein. Die schwache Nachfrage aus dem Ausland beeinträchtigt heuer auch die Investitionsneigung der international tätigen Unternehmen.

Gestützt wird die Konjunktur vom privaten Konsum, der von hohen Kaufkraftzuwächsen profitiert. Die realen Nettomasseneinkommen nehmen heuer um 2¾% und im Jahr 2000 um 3¼% zu; dazu tragen das „Familienpaket“ und die Steuerreform 2000 wesentlich bei. Der Kaufkraftgewinn wird jedoch nicht ausschließlich in zusätzliche Konsumausgaben fließen, sondern zum Teil auch die Sparquote erhöhen.

Die Folgen der außenwirtschaftlichen Dämpfung werden also durch eine Belebung der Inlandsnachfrage wesentlich gemildert. Sollten jedoch neue Krisenherde entstehen oder Risiken akut werden, dann könnte ein neuerlicher Einbruch in der Industrie auch das Vertrauen der Verbraucher erschüttern.

Andererseits werden die Kosten der Steuerreform und des „Familienpakets“ das Budget im Jahr 2000 belasten. Ein Anstieg des Defizits aller öffentlichen Haushalte auf 2½% des BIP ist zu befürchten, sofern nicht besondere Disziplin auf der Ausgabenseite dies verhindert. Nur unter dieser Prämisse wird das Ziel, das Defizit der öffentlichen Haushalte bis zum Jahr 2002 auf 1,4% des BIP zu senken, erreichbar sein.

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1996	1997	1998	1999	2000	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,6	
Nominell	+ 3,7	+ 4,1	+ 4,3	+ 3,2	+ 3,9	
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 1,2	+ 5,0	+ 5,0	+ 2,5	+ 3,8	
Privater Konsum, real	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,5	+ 2,8	+ 4,9	+ 3,1	+ 3,6	
Ausrüstungen	+ 3,3	+ 5,0	+ 7,7	+ 5,0	+ 6,5	
Bauten	+ 2,4	+ 1,3	+ 3,0	+ 1,5	+ 1,0	
Warenexporte ²⁾)						
Real	+ 5,4	+15,6	+ 7,1	+ 4,5	+ 6,5	
Nominell	+ 5,5	+16,8	+ 7,1	+ 4,5	+ 7,4	
Warenimporte ²⁾)						
Real	+ 6,1	+ 9,4	+ 8,4	+ 5,0	+ 6,5	
Nominell	+ 6,7	+10,9	+ 6,8	+ 4,5	+ 7,4	
Handelsbilanzsaldo ²⁾)	Mrd. S	-100,6	-75,2	-78,4	-81,7	-87,8
	Mrd. Euro			- 5,9	- 6,4	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S	-52,3	-61,4	-51,6	-47,0	-46,6
	Mrd. Euro			- 3,4	- 3,4	
	In % des BIP	- 2,2	- 2,4	- 2,0	- 1,7	- 1,7
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	6,3	5,7	4,7	4,2	4,5
Verbraucherpreise		+ 1,9	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		4,3	4,4	4,5	4,4	4,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,0	7,1	7,2	7,1	6,9
Unselbständig Beschäftigte ⁷⁾		- 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,0

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Laut ÖSTAT. – ³⁾ 1998: WIFO-Schätzung. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzurlaubsgeld.

Im Einklang mit den meisten internationalen Prognoseinstituten erwartet das WIFO für 2000 wieder eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums (+2,6%). Der Konjunkturrückschlag, der Mitte 1998 einsetzte, erweist sich in diesem wahrscheinlichsten Szenario als temporär. Die Exportschwäche sollte allmählich überwunden werden und niedrige Zinsen die Inlandsnachfrage beleben. Die weltwirtschaftlichen Risiken, die ein pessimistischeres Szenario rechtfertigen würden, sind jedoch beachtlich.

Die Dynamik der Wirtschaft wird in Österreich wahrscheinlich nicht ausreichen, um die Arbeitslosenquote deutlich zu senken. Da die Arbeitslosenquote im Vorjahr nur aufgrund von Sonderfaktoren (Karenzgeldregelung usw.) stieg, ist aber ein leichter Rückgang von 4,5% (1998) auf 4,2% im Jahr 2000 zu erwarten; er steht im Einklang mit einer spürbaren Ausweitung der Beschäftigung, die von der hohen und arbeitsintensiven Inlandsnachfrage getragen wird.

Das mittelfristige Beschäftigungsziel des Nationalen Aktionsplans (1997/2002 +100.000 Arbeitsplätze) wird erfüllt werden. Die geplante Verringerung der Arbeitslosenquote auf 3,5% bis zum Jahr 2002 erscheint jedoch nur bei guter Konjunktur und unter der Voraussetzung möglich, daß die befristete Freisetzung von Arbeitskräften eingedämmt werden kann.

Die Inflation bildet auf absehbare Zeit keine wirtschaftspolitische Gefahr. Vor allem dank der niedrigen Rohölpreise und der Abschaffung der Monopole im öffentlichen Versorgungsbereich ist der Preisaufrtrieb äußerst

schwach. Die historisch niedrige Inflationsrate gibt der Europäischen Zentralbank Spielraum, im Falle eines stärkeren Konjunkturrückschlags positive Impulse zu setzen.

WELTWIRTSCHAFT UNTER DEM EINFLUSS DER FINANZ- UND WÄHRUNGSKRISEN IN DEN „EMERGING MARKETS“

Die Wirtschafts- und Währungskrisen in mehreren „Emerging Markets“ schwächten das Wachstum der Weltwirtschaft 1998 merklich. Europa wurde davon überraschenderweise stärker in Mitleidenschaft gezogen als die USA. Die weitere Entwicklung der internationalen Wirtschaft ist von ungewöhnlich hohen Unsicherheiten und Risiken geprägt.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung war 1998 durch die Wirtschafts- und Währungskrisen in Asien, Rußland und Brasilien bestimmt. Die Schwäche in vielen „Emerging Markets“ dämpfte zunehmend die Wirtschaftsaktivität in den Industriestaaten. Überraschend war, daß die USA davon relativ wenig betroffen waren und dank einer robusten Inlandsnachfrage bis zuletzt hohe Wachstumsraten erzielten. In Europa ließ dagegen der Konjunkturauftrieb spürbar nach, und in Japan vertiefte sich die Rezession.

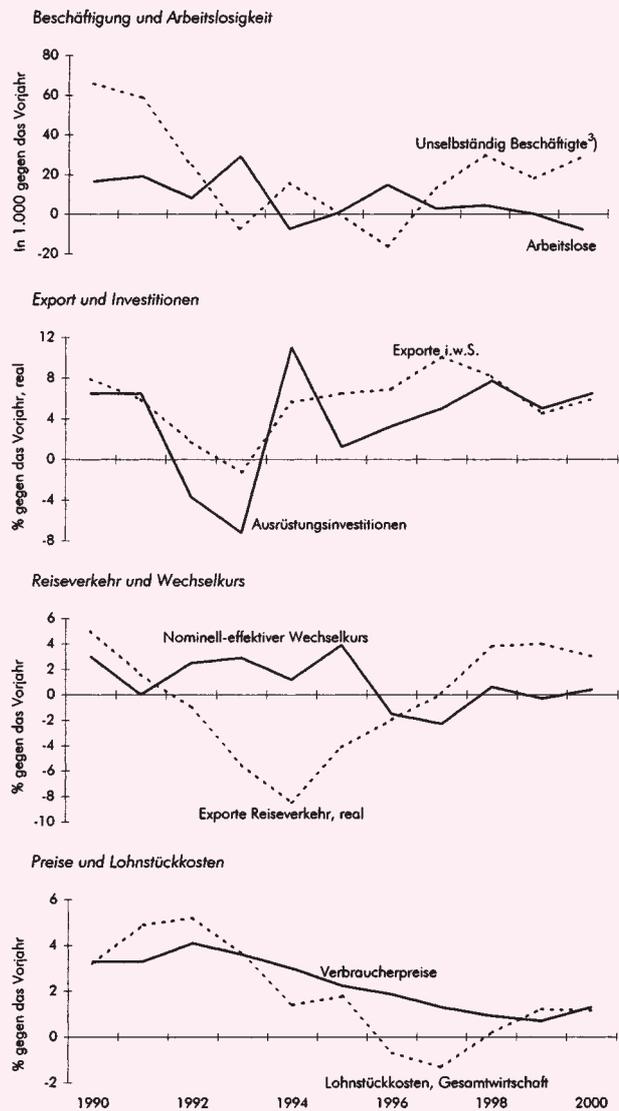
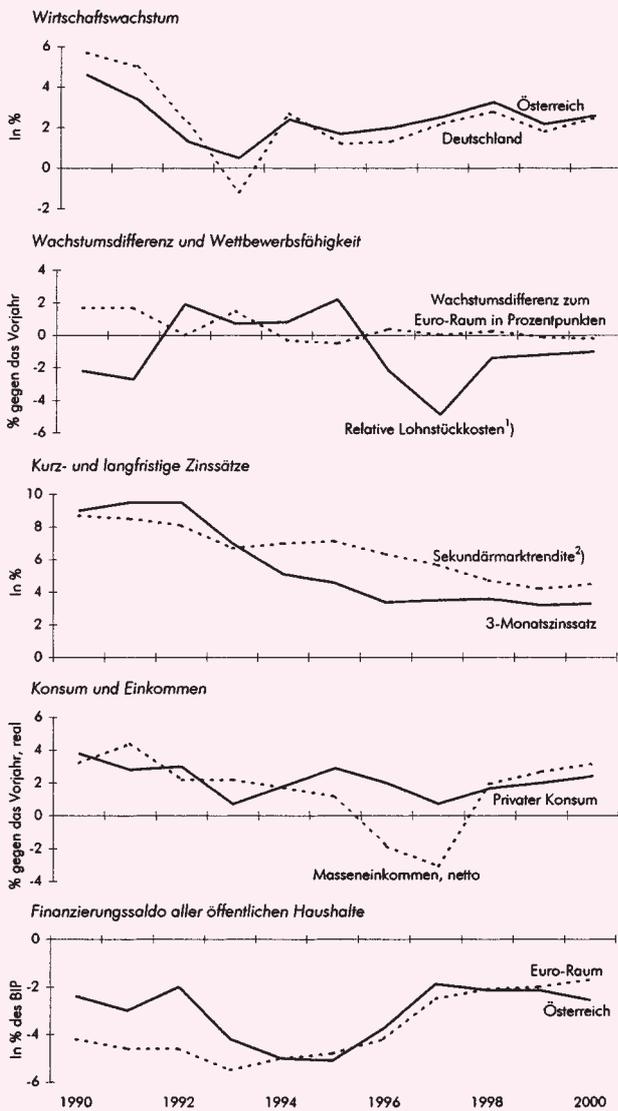
Vielfach war befürchtet worden, daß die Wirtschaft der USA nach einer Phase spekulativer „Bubbles“ vor einem abrupten Konjunkturabschwung stünde. In der aktuellen labilen Situation könnte ein solcher Konjunkturreinbruch in den USA in eine Rezession der Weltwirtschaft münden.

Ein solches pessimistisches Szenario ist zwar nicht ganz auszuschließen; viel höhere Wahrscheinlichkeit hat aber ein Ausblick, in dem die Wirtschaft der USA 1999 etwas abgeschwächt um rund 3% wächst. Es gibt derzeit keine Hinweise auf inflationäre Tendenzen, einen Immobilienboom und Überhitzungserscheinungen in den USA, die eine abrupte Korrektur erfordern würden. Nur der Aktienmarkt weist auf ein überhöhtes Niveau (gemessen an den Gewinnerwartungen) und damit auf einen Korrekturbedarf hin, auf eine Rezession ist daraus aber keineswegs zu schließen¹⁾.

Die asiatischen Krisenländer befinden sich auch 1999 trotz vereinzelter Aufhellungen noch in einer Rezession, in Japan ist nach dem Rückgang des realen BIP um 2,8% im Jahr 1998 noch kein Ende der Deflation in Sicht. In Lateinamerika gelang die Stabilisierung nur um den Preis eines schweren Wachstumseinbruchs, und in Rußland ist weder die politische Krise noch die Schul-

¹⁾ Vgl. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Kurzberichte, 1999, (2).

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik



¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (benchmark). – ³⁾ Ohne Präsenzdienere und Bezüge von Karenzurlaubsgeld.

denproblematik gelöst. Die Risiken haben somit ein Ausmaß erreicht, das über vergleichbare Prognosesituationen weit hinausgeht. So schwanken etwa die Wachstumsprognosen der einzelnen Institute für Deutschland zwischen 1,4% und 2,8%.

Diesen Unsicherheiten würde eine Prognose nicht gerecht, die einen Mittelweg zwischen wahrscheinlichstem und Krisenszenario vorzeichnet. Die vorliegende Prognose beruht auf der Annahme, daß die Krisen politisch beherrschbar bleiben. Es wäre auch ein pessimistischeres Szenario denkbar.

Die meisten internationalen Prognoseinstitutionen (IMF, OECD, EU, Institut für Weltwirtschaft usw.) rechnen mit einer nur vorübergehenden Wachstumsabschwächung und halten eine Erholung der Weltwirtschaft ab dem 2. Halbjahr 1999 für wahrscheinlich.

In Europa haben sich Wirtschaftsentwicklung und Stimmung der Unternehmen im Laufe des Jahres 1998 deutlich verschlechtert. Dafür war die Preis- und Ertragsituation eher verantwortlich als die reale Sphäre. Als positives Indiz ist zu werten, daß sich die Einschätzung durch die Unternehmen in den ersten Monaten 1999 nicht weiter eintrübte, sondern annähernd stabilisierte. Überdies hat sich das Verbrauchervertrauen bis zuletzt weiter verbessert. Für die Euro-Zone wird 1999 ein Wirtschaftswachstum von 2¼% erwartet, für die EU (wegen der Stagnation in Großbritannien) von nur 2%. Bei geringem Preisauftrieb und niedrigen Zinsen wird die Inlandsnachfrage deutlich zunehmen und gemeinsam mit einer Erholung der Ausfuhr 2000 ein kräftigeres Wachstum zulassen.

In Deutschland hat sich die Konjunktur seit dem Sommer deutlich abgeschwächt. Auch in den ersten Monaten des

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1996	1997	1998	1999	2000	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3	
USA	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 2,0	
Japan	+ 3,9	+ 0,8	- 2,8	- 1,0	+ 1,0	
EU	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,8	
Euro-Raum	+ 1,6	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,8	
Deutschland	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,5	
Ost-Mitteleuropa ¹⁾	+ 4,7	+ 5,0	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0	
Welthandel, real	+ 6,8	+ 9,8	+ 4,3	+ 4,3	+ 5,5	
OECD-Exporte	+ 6,3	+ 11,3	+ 4,0	+ 4,0	+ 5,5	
Intra-OECD-Handel	+ 6,0	+ 11,5	+ 7,0	+ 4,5	+ 5,5	
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 6,2	+ 9,4	+ 6,6	+ 4,3	+ 6,0	
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+ 4,0	- 1,0	- 23,0	- 9,0	+ 4,0	
Ohne Rohöl	- 9,0	+ 1,0	- 13,0	- 5,0	+ 6,0	
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	20,6	19,1	12,7	11,0	12,0
Wechselkurs	\$ je ECU/Euro	1,270	1,134	1,121	1,07	1,09

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Reales Importwachstum der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

neuen Jahres wies der Ifo-Geschäftsklimaindex weiter abwärts. Die deutschen Investitionsgüterhersteller sind vom Nachfrageausfall in Asien besonders betroffen, die deutschen Warenexporte in diese Länder sackten um ein Drittel ab. 1999 wird die Wachstumsrate in Deutschland wahrscheinlich auf etwa 1¾% sinken und damit hinter der Euro-Zone zurückbleiben.

ZINSPOLITIK

Eine wichtige Rolle wird für die weitere Wirtschaftsentwicklung die Geldpolitik spielen. Die Notenbank der USA agierte in den vergangenen Jahren in vorbildlicher Weise, sie ist entscheidend mitverantwortlich für die ausgezeichnete Verfassung der Wirtschaft der USA in den neunziger Jahren. 1998 reagierte die Federal Reserve auf die weltweiten Finanzmarkturbulenzen mit mehreren zügigen Zinssenkungen, um die Konjunktur zu stärken und die Liquiditätsversorgung sicherzustellen.

Die vorliegende Prognose geht davon aus, daß die Fed angesichts der hohen Dynamik der Wirtschaft der USA im IV. Quartal 1998 die Zinssätze im Laufe dieses Jahres eher etwas anheben wird. Die gedämpfte Preisentwicklung gibt jedoch keinen Anlaß zu einer ausgesprochen restriktiven Geldpolitik.

Angesichts des positiven Wachstumsabstands der USA gegenüber Europa und steigender Zinssätze in den USA erscheint eine Stärkung des Dollarkurses 1999 wahrscheinlich. Im Jahr 2000 dürfte sich die Entwicklung jedoch umkehren, weil dann mit relativ höherem Wachstum der europäischen Wirtschaft zu rechnen ist.

Das WIFO rechnet damit, daß die Europäische Zentralbank die Zinssätze vorerst nicht senkt, weil sie wegen des Stabilitätsziels einen Kursverlust des Euro vermeiden will. Derzeit ist eine Zinssenkung auch wegen der hohen Liquidität und der dynamischen Kreditnachfrage unwahr-

scheinlich. Erst im Falle eines stärkeren Abgleitens der europäischen Wirtschaft ist eine Zinssenkung in Europa zu erwarten.

Die Europäische Zentralbank hat sich auf eine geldpolitische Strategie festgelegt, die mit einer Inflationsrate von 2% kompatibel ist. Derzeit liegt die Preissteigerung in der Euro-Zone unter 1%. Im Fall eines Konjunkturerbruchs wird die Europäische Zentralbank glaubhaft machen müssen, daß sie nicht nur jeder möglichen Inflationsgefahr gegensteuert, sondern auch ähnlich wie die Federal Reserve in den USA bereit ist, einer Rezessionsgefahr entgegenzuwirken.

EMPFINDLICHER RÜCKGANG DER EXPORTE IN DRITTLÄNDER

Die Folgen der weltweiten Finanz- und Währungskrisen sind im Export (neben dem Bankenbereich) besonders ausgeprägt. Österreichs Ausfuhr in Drittländer, insbesondere nach Südostasien, Rußland, in die OPEC-Staaten und nach Osteuropa brach ein. Die Einbußen im Handel mit den Krisenländern kamen nicht unerwartet, das Ausmaß überraschte jedoch. So schrumpfte der Export nach Rußland im Durchschnitt Oktober/November um rund 60%, jener nach Südostasien um ein Drittel.

Die gedämpften internationalen Wachstumsprognosen und die anhaltend pessimistische Einschätzung der Auslandsaufträge durch die Unternehmen deuten auf eine schwache Exportdynamik im laufenden Jahr hin. Für 1999 wird eine Steigerung der Warenexporte um nur noch 4½% angenommen (1998 WIFO-Schätzung +7%). Erst 2000 ist mit einer nachhaltigen Erholung der außenwirtschaftlichen Bedingungen zu rechnen.

Die zu erwartende Verbesserung der Lohnstückkostenposition gegenüber den Handelspartnern läßt leichte Marktanteilsgewinne im laufenden und kommenden Jahr erwarten. Allerdings berücksichtigt dieser Vergleich nur die OECD-Länder, die massiven Abwertungen in „Emerging Markets“ sind nicht erfaßt.

HALBIERUNG DES ZUWACHSES DER SACHGÜTERERZEUGUNG 1999

Nach vorläufigen WIFO-Berechnungen betrug das Wirtschaftswachstum in Österreich 1998 3,3%. Es stützte sich auf einen Aufschwung der Investitionstätigkeit, des privaten Konsums und des Tourismus. Die Exportdynamik ließ jedoch stark nach, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Sachgüterproduktion. Der Preisverfall im Gefolge der Asienkrise traf die Grundstoffindustrie (Stahl, Chemie) und einige technische Verarbeitungsbranchen (Elektronik) besonders hart. Im Kraftfahrzeug- und Konsumgüterbereich blieb die Konjunktur dagegen robust.

Entwicklung der Wertschöpfung

	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	429,1	439,8	456,5	+ 5,0	+ 2,5	+ 3,8
Energie- und Wasserversorgung	58,3	58,8	59,4	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,0
Bauwesen	120,0	121,8	123,0	+ 3,0	+ 1,5	+ 1,0
Handel ²⁾	269,4	274,3	280,0	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	59,1	61,2	63,0	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	132,4	136,4	140,5	+ 5,3	+ 3,0	+ 3,0
Kredit- und Versicherungswesen	136,4	139,1	142,1	+ 3,2	+ 2,0	+ 2,2
Realitätenwesen ³⁾	179,2	183,6	189,1	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,0
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	80,5	81,7	83,8	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,5
Öffentliche Dienste	175,2	177,8	180,5	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5
Private Dienste ohne Erwerbscharakter	29,9	30,3	30,8	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,5
Wertschöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	1.669,4	1.704,9	1.748,7	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,6
Land- und Forstwirtschaft	46,7	46,7	46,7	+ 4,9	± 0,0	± 0,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	1.716,1	1.751,6	1.795,5	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt	1.758,2	1.796,3	1.842,8	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,6

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und unternehmensbezogener Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich häuslicher Dienste. – ⁵⁾ Vor Abzug der importierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer.

Nach der kontinuierlichen Verschlechterung der Stimmung der Industrie im 2. Halbjahr 1998 stabilisierten sich die Erwartungen in den ersten Monaten dieses Jahres. Eine Erholung im 2. Halbjahr 1999 ist aufgrund der starken Inlandsnachfrage in der EU wahrscheinlich, sofern nicht neue Risiken auf den „Emerging Markets“ schlagend werden und die Stimmung trüben. Dennoch dürfte die Sachgüterproduktion 1999 um nur 2½% ausgeweitet werden, halb so rasch wie 1998.

INVESTITIONSTÄTIGKEIT VERLIERT AN DYNAMIK

Die Investitionstätigkeit war bisher von der Eintrübung im Export wenig betroffen, sie blieb auch in der zweiten Hälfte des Vorjahres rege. Offenbar wirkten die günstigeren Aussichten im Inland ausgleichend. Im Jahr 1998 stiegen die Ausrüstungsinvestitionen um 7¾%.

1999 wird sich die Dynamik der Investitionen im Gefolge von Gewinneinbußen und Preisverfall abschwächen. Die Investitionspläne der Unternehmen (+6,5%) lassen jedoch auch 1999 eine Ausweitung erwarten, wenn nicht zunehmende Unsicherheiten eine Verschiebung der geplanten Projekte bewirken. Die Umstellung auf das Jahr 2000 wird besonders im Softwarebereich größere Investitionen auslösen. Massive Probleme erwartet das WIFO aus diesem Anlaß nicht.

Die Bautätigkeit nahm 1998 vor allem aufgrund von Sonderfaktoren zu: Günstiges Winterwetter und der aus steuerlichen Gründen florierende Sanierungsbau ermöglichten eine Expansion. Der Boom im Sanierungs-

Entwicklung der Nachfrage

	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1983)</i>						
Privater Konsum ¹⁾	982,9	1.002,6	1.026,6	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4
Öffentlicher Konsum	273,9	278,0	282,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	460,0	474,4	491,5	+ 4,9	+ 3,1	+ 3,6
Ausrüstungen (netto) ²⁾	202,8	213,0	226,8	+ 7,7	+ 5,0	+ 6,5
Bauten (netto) ²⁾	233,6	237,1	239,5	+ 3,0	+ 1,5	+ 1,0
Lagerbewegung und Statistische Differenz	29,4	28,2	27,9			
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1.746,2	1.783,2	1.828,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,5
Plus Exporte i. w. S.	1.025,8	1.072,0	1.135,9	+ 8,2	+ 4,5	+ 6,0
Reiseverkehr	105,1	109,4	112,6	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,0
Minus Importe i. w. S.	1.013,8	1.058,9	1.121,2	+ 6,9	+ 4,4	+ 5,9
Reiseverkehr	91,3	89,1	89,1	- 4,6	- 2,4	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	1.758,2	1.796,3	1.842,8	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,6
<i>Nominell</i>	2.622,6	2.705,5	2.810,7	+ 4,3	+ 3,2	+ 3,9
	Mrd. Euro	196,6	204,3			

¹⁾ Einschließlich Eigenkonsum der privaten Dienste ohne Erwerbscharakter. – ²⁾ Ohne Mehrwertsteuer.

bau wird auch 1999 anhalten, da die Bauherren Instandhaltungsinvestitionen vorziehen. Wenn jedoch die Mietzinsreserven 2000 versteuert werden müssen, wird sich eine empfindliche Lücke an Bauaufträgen ergeben: Der Wohnungsneubau schwächt sich erheblich ab, da trotz hoher Förderung die Nachfrage fehlt. Der Tiefbau erholt sich allmählich von der Auftragslücke der letzten Jahre, und der Büroneubau scheint die Talsohle durchschritten zu haben.

KONSUM TRÄGT DIE KONJUNKTUR 1999 UND 2000

Die zunehmende Kaufkraft der privaten Haushalte hat eine kräftige Ausweitung der Konsumausgaben zur Folge. „Familienpaket“ und Steuersenkung werden wesentlich zur Kaufkraftsteigerung beitragen.

Der Wegfall der dämpfenden Wirkungen der „Sparpakete“ ließ den privaten Konsum 1998 mit +1,7% kräftig steigen. 1999 und 2000 wird sich die Ausweitung noch beschleunigen, denn die realen Nettomasseneinkom-

Produktivität

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Gesamtwirtschaft</i>					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,6
Erwerbstätige ¹⁾	- 0,6	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,9
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,7
<i>Sachgütererzeugung</i>					
Produktion ²⁾	+ 1,3	+ 5,3	+ 5,1	+ 2,5	+ 3,8
Beschäftigte ²⁾	- 2,9	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	- 0,3
Stundenproduktivität ³⁾	+ 4,6	+ 6,6	+ 4,8	+ 3,5	+ 4,5
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,4

¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert. – ³⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde.

Privater Konsum					
	1996	1997	1998	1999	2000
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Privater Konsum	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 8,1	- 3,5	+ 0,9	+ 2,5	+ 3,3
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,3
Nettomasseneinkommen	- 1,9	- 3,1	+ 1,9	+ 2,7	+ 3,2
Verfügbares persönliches Einkommen	- 0,2	+ 0,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,8
Sparquote, in % des verfügbaren Einkommens	7,8	7,4	8,3	8,5	8,9

men entwickeln sich günstiger als in den letzten 7 Jahren: Sie werden 1999 um 2¾% und 2000 um 3¼% zunehmen.

Niedrige Inflationsraten, steigende Beschäftigung und etwas höhere Lohnrunden tragen zum merklichen Anstieg der Nettomasseneinkommen bei. Auch von den öffentlichen Haushalten gehen aber im Gegensatz zu den letzten Jahren expansive Effekte aus: Die Erhöhung der Familienleistungen wird mit insgesamt 12 Mrd. S, die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs mit 17 Mrd. S spürbare Impulse setzen.

Gemessen an der Steigerung der Nettomasseneinkommen erscheint der erwartete Zuwachs des privaten Konsums von 2% bzw. 2,4% vorsichtig angesetzt. Die Sparquote dürfte sich jedoch nach ihrem Einbruch 1996/97 wieder ihrem Normalniveau nähern, die erhöhte Kaufkraft wird somit nicht ganz in zusätzliche Konsumausgaben fließen.

STEIGENDE ÜBERSCHÜSSE IM REISEVERKEHR

Die zunehmenden Überschüsse im Reiseverkehr prägten 1998 die Entwicklung der Leistungsbilanz. Die realen Deviseneinnahmen nahmen kräftig zu, da sich die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit festigte und die Einkommenssituation im wichtigsten Herkunftsland Deutschland besserte.

Der Zeitpunkt der Trendwende des Reiseverkehrssaldos deutet darauf hin, daß die relativen Preise (Wechselkurse) eine wichtige Rolle spielten. Auch die Strukturverbesserung des heimischen Tourismusangebotes leistete aber einen wesentlichen Beitrag. Zugleich sind die Österreicher bezüglich Auslandsreisen und Ausgaben im Ausland zurückhaltender.

Die Leistungsbilanz wies 1998 nach vorläufigen Berechnungen mit rund 52 Mrd. S ein um etwa 10 Mrd. S geringeres Defizit auf als im Vorjahr. Die zunehmenden Überschüsse im Reiseverkehr bildeten den Hauptgrund für diese Verbesserung. Darüber hinaus wurde die Handelsbilanz durch den starken Rückgang der Rohölpreise entlastet. Angesichts der billigeren Rohölimporte (-3 Mrd. S) und der Verbesserung der Lohnstückkostenposition enttäuscht die Entwicklung der Handelsbilanz.

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1996	1997	1998	1999	2000
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,8
Realeinkommen je Arbeitnehmer					
Brutto	- 1,0	- 1,3	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,5
Netto	- 2,3	- 3,8	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,4
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 0,9	- 1,1	+ 2,9	+ 3,4	+ 4,5
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	- 0,7	- 1,3	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,2
Verarbeitende Industrie	- 1,0	- 5,0	- 3,5	- 1,0	- 1,4
Relative Lohnstückkosten ¹⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 2,2	- 4,9	- 1,4	- 1,2	- 1,0
Gegenüber der BRD	- 0,6	- 0,6	+ 0,1	- 0,3	- 0,4
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	- 1,2	- 1,8	+ 0,6	- 0,3	+ 0,2
Real	- 1,5	- 2,6	± 0,0	- 1,4	- 0,3

¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Das Defizit der Leistungsbilanz wird 1999 und 2000 voraussichtlich weiter leicht sinken. Entscheidend ist wieder der zunehmende Reiseverkehrssaldo, von der Rohölbilanz dürfte eher eine Belastung kommen.

KEINE INFLATIONSGEFAHR

Der Preisauftrieb wurde 1998 vor allem durch den Rückgang der Rohölpreise gedrückt. Darüber hinaus trugen die Beseitigung der Monopole im Bereich der öffentlichen Versorgung und die mäßige Entwicklung der Mieten zur niedrigen Inflationsrate bei.

Auch für 1999 zeichnen sich angesichts der gedämpften Konjunktur keine Auftriebstendenzen ab. Die Inflationsrate wird weiterhin unter der 1%-Marke bleiben. Mit der Festigung der internationalen Rohölpreise und der erwarteten Erholung der Konjunktur dürfte die Teuerung 2000 leicht auf 1,3% anziehen. Die Prognose unterstellt, daß die OPEC die beabsichtigte starke Anhebung der Rohölpreise nicht durchsetzen wird.

Die außerordentlich niedrigen Inflationsraten in der gesamten Euro-Zone müßten es der Europäischen Zentralbank ermöglichen, im Falle eines stärkeren Konjunkturrückschlags gegenzusteuern.

ARBEITSLOSIGKEIT DÜRFTE LEICHT ZURÜCKGEHEN

Während die Arbeitslosenquote 1998 infolge von Sonderfaktoren stieg, wird sie 1999 und 2000 etwas zurückgehen. Diese Entwicklung steht im Einklang mit der spürbaren Ausweitung der Beschäftigung.

Der geringfügige Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 1998 ging auf Sonderfaktoren zurück: Verkürzung der Dauer des Karenzgeldbezugs und Erschwerung des Zu-

Arbeitsmarkt

	1996	1997	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000				
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>					
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	-23,8	+ 8,8	+22,1	+16,6	+27,9
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	-20,9	+ 8,3	+21,1	+15,6	+27,0
Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld	-16,5	+12,8	+29,8	+18,0	+29,0
Veränderung gegen das Vorjahr	<i>in %</i>				
	- 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,0
Präsenzdienler und Bezieher von Karenzurlaubsgeld ¹⁾	- 4,4	- 4,4	- 8,7	- 2,4	- 2,0
Ausländische Arbeitskräfte	± 0,0	- 1,6	- 0,2	+ 0,5	+ 0,7
Selbständige ²⁾	- 2,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>					
Erwerbspersonen im Inland	- 9,0	+11,7	+26,5	+16,6	+20,1
Ausländer	+ 2,8	- 1,7	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,7
Wanderung von Inländern	+ 4,9	+ 5,4	+ 5,5	+ 3,5	+ 2,0
Inländer	-16,7	+ 8,0	+20,3	+12,8	+17,4
<i>Überschuß an Arbeitskräften</i>					
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	+14,8	+ 2,8	+ 4,4	± 0,0	- 7,8
Stand	<i>in 1.000</i>				
	230,5	233,3	237,8	237,8	230,0
<i>Arbeitslosenquote</i>					
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	4,3	4,4	4,5	4,4	4,2
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,3	6,4	6,5	6,4	6,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,0	7,1	7,2	7,1	6,9
Erwerbsquote ³⁾	67,2	67,2	67,6	67,7	67,9
Beschäftigungsquote ⁶⁾	62,9	62,9	63,2	63,4	63,7

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Laut Eurostat. – ⁵⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige). – ⁶⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64jährige).

gangs zur vorzeitigen Alterspension²⁾). Aufgrund der Beschäftigungssteigerung und der demographischen Entwicklung hätte die Arbeitslosigkeit schon 1998 (um rund 5.000 Personen) sinken müssen.

Heuer dürfte die Arbeitslosenquote trotz schwächerer Konjunktur leicht zurückgehen, weil die Sondereffekte auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes wegfallen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird jedoch weiterhin dadurch erschwert, daß der Großteil der neuen Arbeitsplätze auf Teilzeit ausgerichtet ist, während die Arbeitslosen in der Regel Vollzeit Arbeitsplätze suchen.

Wenn die Konjunkturprognose 2000 zutrifft, ist mit einem signifikanten Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Arbeitslosenquote dürfte nach traditioneller Berechnung unter die 7%-Marke sinken und sich nach Eurostat-Methode der 4%-Grenze nähern. Maßnahmen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans (NAP), insbesondere im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, werden dazu beitragen. Angesichts der beträchtlichen Konjunkturrisiken ist der erwartete Rückgang der Arbeitslosigkeit jedoch mit großer Unsicherheit behaftet.

Die geplante Verringerung der Arbeitslosenquote auf 3,5% bis zum Jahr 2002 erscheint bei guter Konjunktur noch möglich, sofern es gelingt, insbesondere die befr-

²⁾ Siehe dazu Marterbauer, M., Walterskirchen, E., „Bestimmungsgründe des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(3).

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1996	1997	1998	1999	2000
	Mrd. S				
<i>Budgetpolitik</i>					
Budgetsaldo des Bundes, netto	-89,4	-67,2	-67,0	-70,0	-81,0
	<i>In % des BIP</i>				
Budgetsaldo des Bundes, netto	- 3,7	- 2,7	- 2,6	- 2,6	- 2,9
Finanzierungssaldo laut VGR	- 3,7	- 1,9	- 2,1	- 2,1	- 2,5
Alle öffentlichen Haushalte	<i>In %</i>				
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz	3,4	3,5	3,6	3,2	3,3
Sekundärmarktrendite ¹⁾	6,3	5,7	4,7	4,2	4,5
Sekundärmarktrendite, gesamt	5,3	4,8	4,4	4,0	4,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Effektiver Wechselkurs</i>					
Nominell	- 1,5	- 2,3	+ 0,6	- 0,3	+ 0,4
Real	- 2,1	- 3,3	- 0,1	- 1,5	- 0,4

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (benchmark).

stete Freisetzung von Arbeitskräften – „Kurzarbeit auf Jahresbasis“ – einzudämmen.

Die Beschäftigung zeigte zu Jahresbeginn selbst in der Sachgüterproduktion keine Anzeichen einer Eintrübung der Konjunktur. Das könnte als Indiz dafür gewertet werden, daß die Unternehmen die Abschwächung eher als temporäres Phänomen ansehen. Im Jahresdurchschnitt 1999 dürfte die Zahl der Arbeitsplätze in der Gesamtwirtschaft mit 18.000 langsamer zunehmen als 1998.

STEUERREFORM HEBT 2000 DEFIZIT DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTE AN

Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte bewegt sich zwischen 1997 und 1999 nahe der 2%-Marke. Infolge der Steuerreform 2000 ist jedoch ein Anstieg auf 2½% zu befürchten, sofern nicht besondere Disziplin auf der Ausgabenseite dies verhindert.

Das Defizit aller öffentlichen Haushalte erhöhte sich 1998 trotz guter Konjunktur leicht. Der Wegfall der Telekom-Lizenzentnahmen (1997) sowie der Ausfall an Umsatz- und Kapitalertragsteuern waren dafür verantwortlich. Überdurchschnittliche Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer stellten sicher, daß der Voranschlag eingehalten werden konnte. Die Länder und Gemeinden erzielten einen Überschuß von ½% des BIP.

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahr 1999 rührt vom Export, nicht von der Inlandsnachfrage her. Da die Lohn- und Gehaltssumme sowie die Einzelhandelsumsätze, die für das Aufkommen an Lohn- und Einkommen- sowie Umsatzsteuer entscheidend sind, kräftig steigen werden, dürfte der Finanzierungssaldo aller öffentlichen Haushalte trotz der zusätzlichen Bela-

stungen durch die erste Etappe des „Familienpakets“ unverändert gut –2% des BIP betragen und damit den Intentionen des Stabilitätsprogramms entsprechen.

Die geplante Steuerreform läßt jedoch im Jahr 2000 eine angespannte Budgetsituation erwarten, die besondere Ausgabendisziplin notwendig macht, um ein neuerliches Sparpaket zu vermeiden. Für das Jahr 2000 liegt noch kein Bundesvoranschlag vor. Den politischen Absichten entsprechend wurde die Annahme getroffen, daß die Anpassung des Lohn- und Einkommensteuertarifs die Steuerzahler um 17 Mrd. S netto entlasten wird, wovon 13 Mrd. S auf das Jahr 2000 entfallen. Dazu kommen einige Maßnahmen zur Verbesserung des Standortes

Österreich (z. B. Lehrlings und Forschungsfreibetrag). Unter dieser Annahme wird sich das Defizit der öffentlichen Haushalte auf 2½% des BIP erhöhen, sofern nicht diskretionäre Maßnahmen auf der Ausgabenseite dem entgegenwirken. Da im Jahr 2000 auch die zusätzlichen Belastungen durch die zweite Etappe des „Familienpakets“ bedeckt werden müssen, steht die Budgetpolitik vor einer besonders schwierigen Aufgabe. Die geplante Verringerung des Defizits der öffentlichen Haushalte auf 1,4% des BIP im Jahr 2002 wird nur bei guter Konjunktur und einer sehr disziplinierten Ausgabenpolitik erreichbar sein.

Abgeschlossen am 24. März 1999.